

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMVIT-11.000/0006-I/PR3/2019

23. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Leichtfried, Genossinnen und Genossen haben am 6. März 2019 unter der **Nr. 3031/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Vorgänge rund um den LKW-Sicherheitsgipfel gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Warum haben Sie nach dem LKW-Sicherheitsgipfel behauptet, dass sich nur eine Person für den verpflichtenden Abbiegeassistenten aussprach, obwohl Audiomitschnitte belegen, dass sich zahlreiche ExpertInnen für den Abbiegeassistenten ausgesprochen haben?*

Der Vertreter von „geht-doch.wien“, DI Ulrich Leth, hat sich erst relativ spät in der Diskussion zu Wort gemeldet. Dies erfolgte unmittelbar nach meiner Bemerkung, dass es bislang keinen Fürsprecher für einen verpflichtenden Abbiegeassistenten gebe, woraufhin DI Leth seine Wortmeldung auch mit einer Bemerkung auf diese Aussage begann. Wie aus dem Protokoll (versendet am 6.3.2019) ersichtlich ist, gab es natürlich Fürsprecher für Abbiegeassistenten, zu denen ich ja auch zähle, allerdings hat niemand dies mit einer Forderung nach einer sofortigen verpflichtenden Einführung verbunden. Diese Maßnahme ist – wie mittlerweile bekannt – EU-rechtswidrig. Diese Auffassung teilen offenbar auch manche innerhalb Ihrer Fraktion. So meinte der Abgeordnete und ehemalige Verkehrsminister Alois Stöger in der letzten Sitzung des Verkehrs-Ausschusses, „... dass es manchmal richtig sei, ein Vertragsverletzungsverfahren zu riskieren...“ (Auszug aus OTS0227, 3. April 2019, 19:42 Uhr, versendet von „Presseamt der Parlamentsdirektion – Parlamentskorrespondenz“).

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Haben Sie vor dem LKW-Sicherheitsgipfel Gespräche über das Ergebnis dieses Gipfels mit VertreterInnen der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung geführt?*

- *Haben Sie vor diesem LKW-Sicherheitsgipfel Gespräche über das Ergebnis dieses Gipfels mit VertreterInnen der Fahrzeugindustrie und der Nutzfahrzeugimporteure geführt?*

Vorweg möchte ich festhalten, dass mir die Sicherheit im Straßenverkehr als zuständiger Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie ein großes Anliegen ist, und ich in diesem Zusammenhang mit relevanten Organisationen und Vereinigungen laufend im Austausch über die aktuelle Situation und Problembereiche bin. Dabei sind auch Gespräche über die verpflichtende Einführung des Abbiegeassistenten geführt worden, welche zu dem Ergebnis führten, dass eine breitere Diskussion mit betroffenen und interessierten Kreisen notwendig ist. Aufgrund dessen lud ich am 19. Februar 2019 zu einem Lkw-Sicherheitsgipfel, bei dem das Thema in einem größeren Rahmen diskutiert wurde.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Welche Institutionen und ExpertInnen haben im Zuge des LKW-Sicherheitsgipfels auf die Notwendigkeit der verpflichtenden Einführung eines Abbiegeassistenten hingewiesen?*
- *Welche Institutionen und ExpertInnen haben sich im Zuge des LKW-Sicherheitsgipfels gegen die verpflichtende Einführung eines Abbiegeassistenten ausgesprochen?*

Die gewünschten Informationen entnehmen sie bitte dem beiliegenden Ergebnisprotokoll des LKW-Sicherheitsgipfels.

Zu Frage 6:

- *War der LKW-Sicherheitsgipfel tatsächlich als ExpertInnenkonferenz geplant, die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den eingeladenen Institutionen erbringen sollte, oder handelte es sich bloß um eine (schiefgegangene) PR-Maßnahme?*

Der Lkw-Sicherheitsgipfel war eine Veranstaltung von Expertinnen und Experten zu diesem Thema. Der Kreis der Teilnehmer war bewusst groß gefasst, um hier möglichst viele Ideen und Lösungsvorschläge diskutieren zu können.

Ing. Norbert Hofer

